

Wolfswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achte Spalte, für die übrigen je mm 0,14 Zloty. Anzeigen unter Text 0,50 Zloty. von außerhalb 0,60 Zloty. Bei Wiederholungen, zeitliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 10. cr. 1,85 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königschütze, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto: P. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechanlagen: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2037; für die Redaktion: Nr. 2004

Krieg oder Frieden?

Der Streit um Wilna beginnt Formen anzunehmen, die den Anschein erwecken, als wenn sie ohne Waffen nicht zur Lösung kommen könnten. Für Polen gibt es nach Ausspruch seiner besten Staatsmänner keine Wilnafrage, während auf litauischer Seite die Tatsache dokumentiert wird, daß es keine Wilna in Litauen gibt. Sonntag, am 9. Oktober, haben nun in Wilna und Kowno Massenemonstrationen stattgefunden, die der Welt die Stimmung in Litauen und Polen zum Ausdruck bringen, daß beide Länder auf Wilna historische Ansprüche mit Berechtigung erheben. Und das ist der Gefahrenpunkt, von welchem niemand weiß, wie er sich noch in Zukunft entwickeln wird. In Wilna haben sich unter Führung Pilsudskis die Staatsmänner Polens zusammengefunden, um die siebenjährige Zugehörigkeit Wilnas zu Polen zu feiern, in Litauen hat man eine Volksabstimmung durchgeführt, die eine Verfassungsänderung dadurch herbeiführt, daß erklärt wird, daß Wilna die Hauptstadt des litauischen Staates ist. Zwei Manifestationen von ungeheurer Bedeutung, die in ihrer Auswirkung sehr leicht zum Kriege führen können, zumal man bereits recht tüchtig auf beiden Seiten gearbeitet hat, um den Kriegesgeist zu fördern.

Zunächst eine Tatsache: Im Stadium der ersten Verhandlungen um die Festlegung der Grenzen der neuen Oststaaten, wurde Wilna dem litauischen Staate zuerkannt und im Rigaer Vertrage erkannte Polen Wilna als litauisches Territorium an. Daß man diese Anerkennung nur unter Druck der damaligen Verhältnisse vollzog, ist verständlich, aber man hat politischerseits Wilna als zu Litauen gehörig anerkannt. Das ist das historische Moment, welches Litauens Ansprüche an Wilna rechtfertigen soll und auf diesem Zugeständnis besteht Litauen, dessen Hauptstadt in vergangenen Jahrhunderten Wilna war. Am 9. Oktober 1920 vollführte der polnische General Zeligowski einen Handstreich und nahm ohne irgend welche blutige Kämpfe Wilna in polnischen Besitz, genau so wie mit Hilfe der Franzosen ein Jahr später die Litauer das Memelland „okkupierten“. Als der Völkerbund auf litauische Einsprüche die Rückgabe des Wilnalandes forderte, wurde polnischerseits erklärt, daß Polen auf Zeligowski keinen Einfluß habe und so verblieb das Wilnaland im polnischen Besitz. 1923 hat der Völkerbund die polnischen Grenzen anerkannt und neben Ostgalizien auch das Wilnaland als zu Polen gehörig festgelegt. Der Völkerbund und der Völkerbund haben damals gegen Polen nicht entscheiden wollen und haben diese offenen Kriegsherde in Polen belassen, die eben immer bis zu einer anderweitigen Lösung, Kriegsherde verbleiben werden, denn auch die Ostgalizier fordern noch heute eine Volksabstimmung, um auszudrücken, daß sie sich nur als okkupierte Gebiete, nicht aber als zum polnischen Staatsverbande gehörig betrachten. Während Ostgalizien sich wohl früher oder später mit seinem Los abfinden wird, steht hinter dem Wilnaland, Kowno, und wird gleichgültig, welche Regierung es immer haben wird, die Ansprüche auf Wilna erheben, zumal ihm Polen seinerzeit durch den Rigaer Vertrag dieses Land selbst zuerkannt hat, welches dann durch einen Handstreich Zeligowskis an Polen angegliedert wurde. Die seinerzeitige Ratifikation der Urkunde des Wilnalandes an Polen, kann man wohl staatspolitisch nicht anders als eine reine Formsache betrachten, da seit dem ersten Tage Litauen vor aller Welt seine Ansprüche auf Wilna geltend machte. Und hier finden wir keine Lösung, weil auch in einem Sondervertrag zwischen Rußland und Litauen Wilna als zum litauischen Staatsverbande gehörig bestätigt wurde.

Neben Rußland erkennen auch die baltischen Staaten an, daß das Wilnaland historisch zu Litauen gehört, auch wenn die Bevölkerung zweifellos in der Mehrheit polnisch ist. Die nationale Grenzziehung im ganzen Baltikum ist mehr als zweifelhaft und das Bestreben, einen baltischen Bund zu gründen, ist auch wohl mehr oder weniger von dem Gedanken geleitet, durch einen solchen Bund, die Minderheitenfrage zu lösen. Denn in der Welt wird es wenig Eindrücke machen, wenn polnischerseits die Behauptung auf die polnische Mehrheit im Wilnaland hingewiesen wird, da doch zur Genüge bekannt ist, daß sich unter den 37 Millionen polnischer Staatsbürger eben mehr als 10 Millionen sogenannter „Fremdkörper“ befinden, deren Behandlung als Minderheitsvölker gerade von polnischerseits sehr viel zu wünschen übrig läßt. Und wenn sich der litauische Staat erlaubt, die polnischen Minderheiten zu unterdrücken, so kann er mit vollem Recht darauf hinweisen, daß auch Polen mit gleichen Mitteln die Weißrussen und Ukrainer behandelt und darum zu Protesten gegen Litauen die wenigsten Rechte hat. Das sind Tatsachen, die sich aus unere Nationalisten vor Augen halten sollen, wenn sie an die Adresse nach Kowno ihre Proteste richten.

Es muß offen zugegeben werden, daß die Provokationen diesmal von litauischer Seite ausgegangen sind, indem man polnische Schulen schloß, polnische Minderheitsangehörige als litauische Staatsbürger in Gefängnisse

Die Wilna-Demonstration

Zurückhaltung der Regierung — Proteste gegen die litauischen Provokationen — Begeisterte Aufnahme Pilsudskis — Zusammenstöße an der litauischen Grenze

Wilna. Die Feierlichkeiten anlässlich der Gedankfeier der vor sieben Jahren erfolgten Besetzung des Wilna-Gebietes sind bisher ohne Zwischenfall verlaufen. In den ersten Nachmittagsstunden traf Marschall Pilsudski in Begleitung mehrerer Minister auf dem hiesigen Bahnhof ein, wo zu seinem Empfang mehrere Regimenter sowie die Militärverbände Aufstellung genommen hatten. Um die Mittagsstunde nahm dann nach einer feierlichen Messe in der Kathedrale General Zeligowski eine große Parade sämtlicher im Wilna-Gebiet stationierten Truppen ab. Marschall Pilsudski selbst wohnte der Parade nicht bei.

Am 1. Uhr fand im StadtverordnetenSaale eine außerordentliche Protestversammlung sämtlicher polnischen Parteien und Verbände mit Ausnahme der Sozialisten gegen die antipolnischen Maßnahmen der litauischen Regierung statt. Von der Regierung und den Behörden nahm niemand an dieser Versammlung teil. In einer Resolution wurde verlangt, daß die polnische Regierung auf die litauische Regierung einen Druck ausüben solle, da Polen von dorthin provokiert worden sei. Die litauische, weißrussische und jüdische Bevölkerung hielt sich von den Feiern fern. Die Stadt Wilna hat wohl teilweise in den polnischen Farben geflaggt.

Am Nachmittag fand eine Konferenz sämtlicher in Wilna anwesenden Minister unter dem Vorsitz Pilsudskis über die Frage der polnischen Minderheiten in Litauen statt, der sich eine Besprechung unter Hinzuziehung der Wilnaer Gerichtsbehörden, der politischen Polizei, sowie der Grenzpolizei anschloß.

Warschau. Der Wilnaer Reise Pilsudskis wird hier große Bedeutung beigegeben. Sie trägt einen demonstrativen Charakter gegen Litauen. Die Presse in Wilna verleiht ihre Leitartikel mit Überschriften wie: „In Erwartung wichtiger Entscheidungen“ oder „Vor besonderen Ereignissen“. Von sogenannten patriotischen Verbänden werden Aufrufe an die Bevölkerung erlassen, in denen von polnisch-litauischer Union, vom tragischen Los der litauischen Brüder usw. gesprochen wird. Nur Pilsudski allein könne das polnisch-litauische Problem lösen. In Aufsätzen, die von Militärverbänden unterschrieben sind, werden noch weit kräftigere Ausdrücke verwendet, um die polnischen Ansprüche auf Litauen zu unterstreichen. Von der polnisch-litauischen Grenze werde gleichzeitig die Mobilmachung litauischer Selbstschutzorganisationen gemeldet.

Ergebnis der Besprechung Briand-Zaleski

Paris. Obgleich über den Inhalt der gestrigen einstündigen Unterredung zwischen dem französischen und dem polnischen Außenminister keine offizielle Mitteilung gemacht wurde, meldet die Morgenpresse übereinstimmend, daß sich die beiden Staatsmänner vorwiegend über das Verhältnis der Westmächte zu Rußland unterhalten haben. Angesichts der engen Beziehungen zwischen Rußland und Polen würde natürlich eine Zuspitzung des französisch-russischen Konfliktes nicht ohne unmittelbare Rückwirkungen auf Polen bleiben können. Die Wendung, die der Zwischenfall Kalowski genommen hat, hat demgemäß

in Warschau einige Unruhe ausgelöst. Es ist deshalb anzunehmen, daß Briand dem polnischen Außenminister beruhigende Zusicherungen dahin machte, daß Frankreich von sich aus nicht an einen Bruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau denke. Briand soll insbesondere auch darauf hingewiesen haben, wie der Quat d'Orsay die von Rußland vorgeschlagenen Verhandlungen über

einen Nichtangriffspakt zu führen gedachte. Frankreich dürfte sich hierin auf den Standpunkt stellen, daß ein etwaiger französisch-russischer Vertrag weder das

französisch-polnische Bündnis, noch Artikel 16 des Völkerbundsstatutes beeinträchtigen darf.

Zaleski soll dann seinerseits den französischen Außenminister über die Verhandlungen zum Abschluß eines polnisch-russischen Nichtangriffspaktes unterrichtet haben. Außerdem soll natürlich auch die

Rede von dem polnisch-litauischen Konflikt gewesen sein.

Nur das „Journal“ glaubt zu wissen, daß die Unterhaltung der beiden Außenminister sich auch auf

die sogenannte deutsche Frage erstreckte, was aber umso unwahrscheinlicher ist, als erst am Freitag der englische Außenminister Chamberlain in seinen Erklärungen vor der Presse besonders hervorhob, daß Polen durch den Locarnovertrag gegen jeden etwaigen Angriff Deutschlands gesichert sei.

barer Kriegszustand besteht, keine Seltenheit. Nun liegt es aber an Polen, durch Anrufung des Völkerbundes, zu zeigen, daß es keine kriegerischen Auseinandersetzungen wünscht. Gewiß wird dieser Schritt beim Völkerbund wenig Freude auslösen, aber hier soll man einmal zeigen, was der Völkerbund kann. Denn eines ist sicher, die Großmächte wollen Zeit, sie greifen nicht gern in lärmende Fragen ein. Wenn die polnische Regierung weiter kaltes Blut behält und sich aus der Reserve nicht durch die litauischen Gernegroße herausbringen läßt, so wird man in Kowno selbst einlenken müssen, denn blöder Nationalismus gibt keine Erfolge. Sollte aber wider Erwarten Litauen angegriffen werden, worauf man nämlich in Kowno wartet, so entsteht in Osteuropa ein Kriegsherd, der sich kaum auf Polen und Litauen lokalisieren lassen wird. Und darum darf Polen, als der stärkere Teil, keine Veranlassung zu einem kriegerischen Vorgehen geben. Denn man fragt nicht nach dem Urheber, sondern in Kriegen, wer der Angreifer ist.

Gnade für die Meuterer von Toulon

Paris. Angesichts der Tatsache, daß die Besetzung des Kriegsschiffes „Ernest Renan“ einmütig ihrem Bedauern über die jüngsten Zwischenfälle Ausdruck gegeben hat, hat der Marineminister von Toulon in Übereinstimmung mit dem Marineminister die verhängten Freiheitsstrafen in einen einfachen Vermerk in die Pryviers umgewandelt. Nur gegen die Rädeführer wird die Anklage wegen Meuterei aufrecht erhalten.

Chamberlain nach London abgereist

Paris. Heute Nachmittag hat Außenminister Chamberlain die Rückreise nach London angetreten.

